

BürgerUnion-Position zum Thema Kita-Gebühren

Das Thema Kita-Gebühren wird seit längerer Zeit „geschoben“. Es ging darum eine –auch vor dem Hintergrund der gesetzlichen Änderungen- langfristig tragfähige Lösung zu finden. Da 18 Jahre keine Veränderungen vorgenommen wurden, existiert ein erheblicher „Reformstau“.

Aktuelle Situation:

- Die derzeitige Satzung ist 18 Jahre alt.
 - Die Gebühren wurden 18 Jahre lang nicht verändert bzw. angepasst → Real (nach Inflation) sind die Gebühren somit jährlich gesunken.
 - Bei fiktiven Inflationssätzen von 1,50% entspräche dies einer Steigerung von 30,73%, bei 2,0% wären dies + 42,82%.
 - Die Errechnung des für die Gebührenhöhe maßgeblichen Einkommens ist viel zu kompliziert und für einen „Normalbürger“ kaum verständlich. → Viele Nachfragen bedeuten Verwaltungsineffizienz und unnötige Verwaltungskosten.
 - 32 Beitragsstufen (viel zu viele) machen die Gebührentabelle sehr unübersichtlich.
 - Obwohl der Bereich Kita eigentliche Landkreis-Aufgabe ist, beteiligt sich der LK an der Finanzierung nicht (nur bei Erhalt staatlicher Transferleistungen, z. B. ALG II).
 - Diese von der Stadt Soltau freiwillig übernommene Leistung kostet im Jahr 2013 geschätzt ca. 3,2 Mio und in 2014 ca. 3,7 Mio € Geld, das wir vor dem Hintergrund von ca. 2 Mio € „strukturellem Defizit“ und ca. 20 Mio € Schulden, nicht haben!
- „Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von Morgen!“
→ Belastung nachfolgender Generationen = soziale Ungerechtigkeit!

Ziele:

Es müssen ausreichend Plätze mit einer angemessenen räumlichen, sächlichen und personellen Ausstattung bereitgestellt werden.

Die Gebühren sind so zu gestalten, dass diese sozial gerecht und für jede Familie –unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit- finanzierbar sind.

Zudem sollte der Landkreis –endlich- in die Pflicht genommen werden. Der LK beteiligt sich z. Zt. lediglich bei der Finanzierung von Familien mit Erhalt staatlicher Transferleistungen.

Es gilt, die Satzung so zu ändern, dass diese einfach, transparent und für den „normalen Bürger“ verständlich und nachvollziehbar wird.

Maßnahmen:

- Radikale Vereinfachung der Satzung.
- Reduzierung auf übersichtliche 5-6 Beitragsstufen.
- Berechnungsgrundlage vereinfachen → Basis: Wohngeldgesetz → Verwaltungseffizienz, da keine „Doppelberechnungen“ (Datenübernahme).
- Gebührenerhöhungen sind unumgänglich → Gestaltung siehe Ziele.
- Abschaffung der generellen Geschwisterkind-Regelung unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit. → Sozialstaffel
- Einführung einer „gerechten“ Sozialstaffel (Anlage).

- Landkreis in die Verantwortung nehmen. → Bei unzureichender Beteiligung: Kündigung des Vertrages und Rückgabe der Aufgabe an den Landkreis Heidekreis.
- Halbtagesatz auf 5-Std-Basis mit Option der Reduzierung einführen. → Höhere Landkreis-Beteiligung bei Empfängern staatlicher Transferleistungen (ALG II etc.) + höhere Flexibilität für Eltern mit Teilzeitjob (Berücksichtigung von Fahrtzeiten).

Maßnahmen im Detail:

5-Stunden-Regelung: Die Einführung der 5-Stunden-Regelung bietet 2 entscheidende Vorteile:

- 1.) Bei Gebührenberechnung auf Basis von 5 Stunden (statt 4 Stunden -> 5/8-tel Gebührensatz) beteiligt sich der Landkreis (ohne evtl. Diskussionen) stärker als bisher. Dies ist dann der Fall, wenn Familien staatliche Transferleistungen, z. B. ALG II beziehen. In diesen Fällen übernimmt der Landkreis auf Antrag die zu entrichtenden Kita-Gebühren.
- 2.) Höhere Flexibilität für Teilzeitkräfte: Bei einer „4-Stunden-Buchung“ ist eine Teilzeitbeschäftigung mit 4-stündiger täglicher Arbeitszeit nicht möglich, da Fahrzeiten eingerechnet werden müssen. „Pufferzeiten“ für unvorhersehbare Tätigkeiten sind nicht gegeben.

Gebührenhöchstsätze auf Bedarfssatz erhöhen: „Gutverdiener“ sollten nicht durch Kappung der Höchstbeiträge unterhalb der tatsächlich entstehenden Kosten von der Allgemeinheit subventioniert werden. Vielmehr sollten diese die vollen entstehenden Kosten selbst tragen. Nach unserer -durch zahlreiche geführte Gespräche begründete- Einschätzung ist, dass die Familien mit hohem Einkommen dazu auch bereit sind.

Sozialstaffel: Kleine und mittlere Einkommen sollten über eine sozial gerechte Sozialstaffel entlastet werden. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Staffel ist „zu kurz“. Hier erfolgt die Gebührenerhöhung in 5%-Einkommensschritten mit deutlich höheren Beitragssteigerungen. Die progressiven Steigerungen sollten mit einem höheren Steigerungssatz von z. B. 20-25% je Stufe bemessen werden. Dies führt dazu, dass es im Bereich der kleinen und mittleren Einkommen zu niedrigeren Zahlungen, also einer Entlastung, kommt. Finanziell leistungsfähige Familien, also Familien mit hohen und sehr hohen Einkommen, sollten den vollen Beitrag ohne Subventionierung durch die Allgemeinheit zahlen.

Hier geht es uns primär nicht um eine zusätzliche Einnahmeerhöhung, sondern um **soziale Gerechtigkeit!**

Geschwisterkind-Regelung: Diese generelle Regel sollte abgeschafft werden. Eltern mit hohem Einkommen sollten auch für das 2. Kind zahlen. Jedoch sollte diese „Doppelbelastung“ innerhalb der Sozialstaffel Berücksichtigung finden. Dies kann sehr einfach geschehen, indem für das 2. Kind ebenfalls die über die Sozialstaffel ermittelten, ggf. verminderten Beiträge, gezahlt werden. Zusätzlich könnte die Sozialstaffel im Falle von 2 Kindern, welche zur selben Zeit eine Kita besuchen, um den 2-fachen Kindergeldbetrag erhöht werden.

Fazit: Viele der von unserer BürgerUnion eingebrachten Vorschläge wurden in die neue Satzung eingearbeitet. Die im Detail beschriebenen Maßnahmen fanden jedoch zu unserem großen Bedauern keine Berücksichtigung, da Sie von der Ratsmehrheit (CDU und SPD) nicht gewollt wurden.

Somit können wir zusammenfassend festhalten: Diese Änderung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Da jedoch wesentliche Elemente sinnvoller Änderungen keine Berücksichtigung fanden ist es nicht der erhoffte „große Wurf“. Bei vollständiger Umsetzung wäre ein größerer Beitrag zur Haushaltssanierung, bei gleichzeitiger hoher sozialer Gerechtigkeit, möglich gewesen. So ist es lediglich ein Schritt in die richtige Richtung und die Thematik wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in 3 Jahren erneut angefasst werden müssen?! Schade.

Soltau, 05.04.2013 Thorsten Schröder